

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 27.04.2016

Lfd. Nr. : 4.11

über

Drs. Nr. : 1574/XIX

Bezirksbürgermeisterin o.V.i.A.

Dringlichkeit

nachrichtlich den

schriftlich

Fraktionen der SPD, CDU, Grünen,  
Die Linke und Piraten

Konsensliste

### **Beantwortung der Großen Anfrage**

#### **Flüchtlingsstandorte in Neukölln**

1. Welche Standorte wurden zwischen Senat und Bezirk für Flüchtlingsunterkünfte jedweder Art abgestimmt und wie kam diese Abstimmung genau zustande?
2. Welche Kriterien wurden zur Auswahl dieser Standorte zugrunde gelegt?
3. Hat das Bezirksamt hierzu eine Beschlussfassung getroffen?

Sehr geehrter Herr Vorsteher / sehr geehrte Frau Vorsteherin,  
sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Kringel,

für das Bezirksamt beantworte ich die Große Anfrage der CDU-Fraktion zusammenfassend wie folgt:

Es ist erklärtes Ziel des Senats, berlinweit 30 Grundstücke für die mittlerweile in „Tempohomes“ umbenannten Containerquartiere und 60 Grundstücke für Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) zu identifizieren. Hierbei werden 5 bis 9 Standorte pro Bezirk angestrebt, wobei bereits im jeweiligen Bezirk bestehende Unterkünfte berücksichtigt werden sollen. Für die Standorte sind jeweils Größenordnungen von 500 Bewohner\*innen vorgesehen.

Hierzu hat am 21.3.2016 ein Abstimmungsgespräch mit Staatssekretärin Dr. Sudhof, Staatssekretär Glietsch, der BIM, Vertreter\*innen aus den zuständigen bezirklichen Fachabteilungen, der Bezirksbürgermeisterin Frau Dr. Giffey und mir stattgefunden.

Ziel des Gesprächs war eine Konsensabstimmung zu allen gelisteten Neuköllner Grundstücken.

Auf der Liste für Tempohomes befanden sich die Grundstücke Gerlinger Straße 25-29 und Neudecker Weg 16-22. Da der Neudecker Weg als Standort für das Schulneubauprojekt der Clay-Schule (in Höhe von 40 Mio. €) mit einem Baubeginn Ende 2017 planungsbefangen ist und die Senatsfinanzverwaltung bereits Mittel in Höhe von 10 Mio. € gewährt hat, wurde das Grundstück nach ausführlicher Erläuterung der vertraglichen Verpflichtungen und der bereits vorhandenen Bauzeitpläne von der Liste gestrichen.

Gegen die Inanspruchnahme einer gegenüber der Heinrich-Mann-Schule gelegenen Teilfläche der Buckower Felder konnte das Bezirksamt keine Gegenargumente vorbringen. Das Tempohome gefährdet den vorgesehenen Wohnungsneubau nicht, Alternativgrundstücke konnte das Bezirksamt nicht benennen. Da der Neudecker Weg als möglicher Standort entfallen ist, haben die Senatsvertreter die Liegenschaft bereits im Rahmen dieser Gesprächsrunde für die Errichtung einer Doppelstandorts zur Unterbringung von bis zu 1.000 Flüchtlingen in Erwägung gezogen. Das Bezirksamt hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es einen Doppelstandort als ausgesprochen problematisch erachtet. Dem Bezirksamt hat im Gegenzug darauf bestanden, dass in einem solchen Fall Neuköllner Turnhallen freigezogen werden. Diese Forderung wurde durchaus positiv aufgenommen, allerdings konnte eine verbindliche Entscheidung darüber nicht von diesem Gremium getroffen werden. Inzwischen ist dem BA von der BIM mitgeteilt worden, dass ein Doppelstandort mit einer Unterbringungskapazität von bis zu 1.000 Geflüchteten dort vorgesehen ist. Die NKF bereitet derzeit für den 12. Mai 2016 eine Informationsveranstaltung im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt unter Beteiligung von Herrn StS Gerstle vor.

Bei den Modularen Unterkünften ist der Schlosserweg 1 B als Standort des Mitmach-Zirkus auf Intervention des Bezirks von der Liste gestrichen worden. Das Grundstück Gutschmidtstraße 37, 43, 53 befindet sich nach Maßgabe der Abstimmung mit den bisherigen Nutzern der Fläche im Konsens. Unter der Nr. 43 wird derzeit ein Hundeplatz mit Hundeschule und –pension betrieben. In Anbetracht der Größe des Geländes hat sich das Bezirksamt sowohl in der Besprechung als auch im Nachgang schriftlich für einen Verbleib des Hundeplatzes, also für eine gemeinsame Grundstücksnutzung eingesetzt.

Das Bezirksamt ist mit den Betreibern des Hundeplatzes im Gespräch und unterstützt diese bei der Suche nach einem Ersatzstandort, falls eine gemeinsame Nutzung nicht möglich sein sollte. Der Senat hat eine Prüfung der bezirklichen Einwände zugesagt, allerdings auch hier die Errichtung eines Doppelstandorts für die Unterbringung von bis zu 1.000 Flüchtlingen ins Gespräch gebracht.

Hintergrund hierfür ist, dass sich die beiden vorgesehenen Friedhofsflächen in der Hermannstraße im vorgesehenen Umfang ebensowenig realisieren lassen werden wie das Grundstück der BSR im Matthäusweg. Bei den Friedhöfen plant der Grundstückseigentümer keine großen Standorte für jeweils 500 Flüchtlinge, sondern kleinteiligere Wohnformen mit gemischter Bewohnerschaft.

Für das Grundstück Kiefholzstraße 74 besteht aufgrund der Intervention des Vereins „Radical Queer Wagenplatz Kanal e.V.“ noch Klärungsbedarf. Gespräche mit dem BA haben stattgefunden, auch hat der Ausschuss für Verwaltung und Gleichstellung auf dem Gelände getagt. Sollte mit den Bewohner\*innen des Wagenplatzes kein Konsens erzielt werden können, haben die Senatsvertreter\*innen überraschend eine Rückübertragung des Grundstücks in das bezirkliche Fachvermögen angekündigt. Damit entfiel das Grundstück zwar als Standort für eine modulare Flüchtlingsunterkunft, allerdings war dies verbunden mit der Forderung, die wegfallenden Plätze an anderer Stelle im Bezirk zu realisieren. Ein Verweis des Bezirksamts auf mögliche Vereinbarungen mit privaten Betreibern, auf deren Grundstücken anstelle bezirkseigener Liegenschaften zusätzliche Kapazitäten geschaffen werden könnten, wurde ohne Diskussion verworfen.

Das Bezirksamt hat sich über diese unerwartete Wendung der Senatsdelegation ausgesprochen befremdet gezeigt und deutlich gemacht, dass es grundsätzlich keine Einwände gegen den Bau von MUFs in der Kiefholzstraße hat. Allerdings wies das Bezirksamt auch darauf hin, dass im Falle einer Räumung ein Alternativangebot für den Wagenplatz - ggf. über den Bezirk Neukölln hinaus - gefunden werden müsse, da dessen Ansiedlung auf ausdrücklichen Senatswunsch erfolgte und das Bezirksamt den Senat in der Verantwortung sieht, eine einvernehmliche Regelung zu finden oder zumindest zu unterstützen. Die BIM hat dem Bezirk signalisiert, dass die Gespräche mit dem Verein über mögliche Lösungswege weitergeführt werden – geprüft wird ein kleinerer Standort, der einen Verbleib des Vereins auf dem Gelände ermöglicht. Zunächst muss jedoch das Ergebnis der Bodenproben ausgewertet und bewertet werden. Ich habe mit Vertreter\*innen des Wagenplatzes vereinbart, dass eine gegenseitige Information über neue Entwicklungen bzw. Erkenntnisse stattfindet.

Es wurde ein Protokoll des Abstimmungsgesprächs erstellt, in dem alle Grundstücke hinsichtlich eines Konsenses bzw. noch offener oder nicht einvernehmlicher Positionen aufgeführt sind. Insgesamt hat das Bezirksamt die Ergebnisse des Abstimmungsgesprächs zur Kenntnis genommen.

B. Szczepanski  
Bezirksstadtrat

Es gilt das gesprochene Wort!